



WIR SIND OSCAR
Christoph Waltz ist ein Deutscher

► Kultur



AUF DIE PLÄTZE . . .
Crosslauf durch den Tagebau Inden

► Seite 5



VOR ZEHN JAHREN
Gedenken an die „Kursk“-Katastrophe

► Seite 4

Nummer 187

www.az-web.de

1,10 Euro

IM LOKALTEIL

► Nazi-Schläger muss hinter Gitter

Aachen. Wegen vorsätzlicher Körperverletzung hat das Aachener Jugendgericht vier Wochen Jugendarrest gegen einen 19-Jährigen verhängt, der schon mehrfach als neonazistischer Rädelführer in Erscheinung getreten ist. Er hatte zwei Männern in Gesicht geschlagen.

► Mysteriöser Geruch stinkt den Haarener

► Heute öffnet der Öcher Bend

WETTER



► Wetterkarte Bunte Seite

TELEGRAMME

Simmerather Krankenhaus verkauft

Simmerath. Das St. Brigida Krankenhaus bekommt einen neuen Träger. Die Artemed Kliniken GmbH (Tutzing) übernimmt das Simmerather Krankenhaus zum 1. September von der Malteser St. Elisabeth gGmbH. Der notarielle Kaufvertrag wurde gestern unterzeichnet. Das Krankenhaus werde als vollwertiges Haus der Grund- und Regelversorgung weitergeführt und seinen konfessionellen Charakter erhalten, heißt es in einer Erklärung. Artemed werde alle Mitarbeiter übernehmen, um weiterhin die gesundheitliche Versorgung in der Nordeifel sicherzustellen. Damit sei die Zeit der Unklarheit für die Menschen in der Nordeifel und für die Belegschaft beendet.

Gold und Silber für die Wasserspringer

Budapest. Wasserspringerin Christin Steuer hat bei der EM die Goldmedaille vom Turm gewonnen. Patrick Hausding und Stephan Feck gewannen Silber im Synchronspringen vom Drei-Meter-Brett. Jenny Mensing wurde Dritte über 100 m Rücken. ► Sport

FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Wirtschaft

KONTAKT

Aachener Zeitung
Postfach 500110, 52085 Aachen

Zeitungsverkauf/-zustellung:
Telefon: 0241/5101-701
Fax: 0241/5101-790

Anzeigenannahme:
Telefon: 0241/5101-700
Fax: 0241/5101-790

Redaktion:
Tel: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-360

Verlag:
Tel: 0241/5101-0 (Zentrale)

AZ im Internet:
www.az-web.de



Der Tod des Erkelenzer Augenarztes war kein Unfall

Die Staatsanwaltschaft bestätigt Recherchen dieser Zeitung. Hat der Politiker Hämmerle falsch ausgesagt? Gibt es Drago wirklich?

VON MARLON GEGO

Erkelenz. Der Tod des Erkelenzer Augenarztes Udo Schmitz kann kein Unfall gewesen sein. Das geht aus Recherchen dieser Zeitung hervor. Schmitz wurde am 9. Januar auf einem Feld nahe Erkelenz-Immerath erschossen. Auch einen Unfall hatte die Mordkommission zunächst in Betracht gezogen, der sich etwa bei einer Waffenübergabe ereignet haben könnte.

Nach Informationen dieser Zeitung trafen etwa 40 Kugeln einer Maschinenpistole überwiegend den Unterleib des Augenarztes, wie gestern die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach auf Anfrage bestätigte. Das Magazin dieser Maschinenpistole fasst aber nur 32 Schuss. Was bedeutet, dass der Täter das Magazin gewechselt haben muss, um die letzten Kugeln auf Udo Schmitz abfeuern zu können. Das schließt in der Tat einen Un-

fall aus, erklärte die Staatsanwaltschaft gestern.

Über den Fall war vergangene Woche in einer ZDF-Sendung berichtet worden. Darin wurde erwähnt, dass Udo Schmitz Kontakte zu einem Waffenhändler namens Drago gehabt haben könnte, der auch als Tatverdächtiger infrage käme. Gestern nun bestätigte die Staatsanwaltschaft, dass es „diesen Drago wahrscheinlich gar nicht gibt“. Der Name Drago war vom

Hückelhovener Fraktionsvorsitzenden der Linken, Manfred Hämmerle, während des Verhörs bei der Mordkommission erwähnt worden. Das hatte Hauptkommissar Hubert Graff in der ZDF-Sendung vergangene Woche gesagt. Hämmerle soll Udo Schmitz die Maschinenpistole beschafft haben, mit der der Augenarzt letztlich erschossen wurde. Auch sagte Hämmerle aus, bei einem angeblichen Treffen von Schmitz und

Drago 2008 dabei gewesen zu sein. Hat Manfred Hämmerle eine Falschaussage gemacht? Um sich selbst zu schützen? Die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft nun davon ausgeht, dieser Drago existiere wahrscheinlich nicht, könnte diesen Schluss nahelegen. Die Staatsanwaltschaft betonte gestern jedoch ausdrücklich, gegen Hämmerle werde weiterhin nur wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenrecht ermittelt.

Eine „verlorene Generation“ der Jugend droht

Weltweit sind 81 Millionen 15- bis 24-jährige arbeitslos. UN-Organisation warnt vor „sozialen Gefahren“. Trend in Deutschland verläuft anders.

VON JAN-HENRIK PETERMANN

Genf. Das Ende der weltweiten Rezession scheint erreicht. „Wir sehen in vielen Ländern inzwischen eine Erholung“, sagt Sara Elder von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wenn es um erwachsene Jobsuchende geht. Die Jugend steckt dagegen so stark im wirtschaftlichen Abwärtsstrudel wie nie: Eine Rekord-Arbeitslosenzahl von 81 Millionen unter den 15- bis 24-Jährigen Ende 2009 lässt bei der Genfer UN-Behörde die Alarmglocken schrillen: „Die Auswirkungen der Krise waren heftig.“

„Die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen hat ihr bisher höchstes Niveau erreicht“, heißt es im jüngsten ILO-Jahresbericht. Ende des Jahres 2009 waren demnach weltweit 13 Prozent aller jungen Leute ohne Job – ein Zuwachs um 1,1 Punkte oder 7,8 Millionen gegenüber 2007. Die ILO befürchtet eine „verlorene Generation junger Leute, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und alle Hoffnungen verloren haben, einmal für einen anständigen Lebensunterhalt sorgen zu können“.

Im laufenden Jahr erwartet die ILO einen weiteren Anstieg der

globalen Jugend-Arbeitslosenquote auf 13,1 Prozent. Erst 2011 sei mit einem leichten Rückgang auf 12,7 Prozent zu rechnen. Der Sprung um 7,8 Millionen zwischen 2007 und 2009 spiegele „das höchste jemals von uns gemessene Niveau“ wider, heißt es in Genf weiter.

„Viele junge Menschen haben jeden nur erdenklichen Teilzeit-Job angenommen, den sie finden

„Die Auswirkungen der Krise waren heftig.“

SARA ELDER (ILO)

konnten“, berichtet Expertin Elder – und appelliert an die Regierungen, trotz Sparzwängen staatliche Förderprogramme nicht zu kürzen. Die ILO warnt vor einem Szenario „sozialer Gefahren“, die mit der Entmutigung frustrierter Jugendlicher verbunden sein könnten.

Eine absolute Zahl für Deutschland nennt der Bericht nicht. Der Trend verläuft hierzulande jedoch anders als in vielen anderen Teilen der Welt: Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ist die Quote seit dem Jahr 2005 gesunken. (dpa) ► Seite 2, Kommentar Seite 4

83-Jähriger lässt Frau nach Streit im Lokal sitzen

Monschau/Eupen. Ein 83-Jähriger hat seine zwei Jahre jüngere Ehefrau nach einem Streit in einem Monschauer Restaurant sitzenlassen. Plötzlich stand der Mann auf und fuhr mit dem Auto nach Hause ins 40 Kilometer entfernte belgische Eupen. Seine Frau ging davon aus, dass ihr Mann das Auto aus dem Parkhaus holt. Als er nach zwei Stunden immer noch nicht zurückgekehrt war, ließ die 81-Jährige nach der Polizei rufen.

Die Aachener Polizei wandte sich an ihre belgischen Kollegen, die den Ehemann telefonisch in Eupen erreichten. Doch er weigerte sich partout, seine Frau abzuholen. Schließlich konnte die belgische Polizei die von ihnen ermittelte Tochter des Paares überreden, ihre Mutter abzuholen. (ddp)

Auf dem „Wasserweg“ durch Aachen

Aachen. Der Eisenbrunnen ist einer der wenigen Hinweise auf „Bad“ Aachen. In der Rotunde sprudelt heißes Quellwasser. Wo

AZ-SERIE



mehr Wasser in der Altstadt fließt und sprudelt, erzählen die Autoren unseres heutigen Stadtsparziers, Martin Thull und Sabine Mathieu. Der Weg kann individuell nachspaziert werden. ► Spezial

Hubschrauber-Landeplatz: Am Klinikum geht's rund



Großbaustelle Klinikum Aachen: Auf dem Vorplatz laufen die Arbeiten an dem neuen Hubschrauberlandeplatz auf Hochtouren. Die sieben Millionen Euro teure Landefläche soll ge-

währleisten, dass ein zweiter Helikopter auch dann aufsetzen kann, wenn ein anderer Hubschrauber warten muss. Über einen Schrägaufzug werden die Patienten direkt in

die Notaufnahme und die Operationssäle transportiert. Ein zeitraumbesonderes Umbetten in Rettungswagen wie bisher entfällt dann. Foto: Andreas Steindl ► Die Seite drei

Schärfere Regeln für Street View

Regierung berät über Forderung des Bundesrats. Widerspruch in Aachen.

Berlin. Die Bundesregierung will schon nächste Woche über schärfere Gesetze im Umgang mit Internet-Diensten wie Google Street View entscheiden. „Es wird dazu eine abgestimmte Haltung innerhalb der Bundesregierung geben“, sagte gestern ein Sprecher von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in Berlin. Das Kabinett will über die Forderung des Bundesrats nach schärferen Regeln für die Datenerfassung zu Panoramaaufnahmen im Internet entscheiden.

Die Länder fordern eine gesetzliche Pflicht, dass Menschen und Autokennzeichen unkenntlich gemacht werden und dringen auf

ein Widerspruchsrecht für Betroffene. De Maizière hatte im Juni bei der Vorstellung von Eckpunkten seiner Internetpolitik darauf hingewiesen, dass vor einer Gesetzesverschärfung erst geprüft werden müsse, ob die geltenden Regeln ausreichen.

Widerspruch formiert sich auch in Aachen: Für Bürgerinnen und Bürger besteht die Möglichkeit, sich einem Sammelwiderspruch gegen Google Street View anzuschließen. Formulare gibt es auf den Internetseiten der Stadt Aachen <http://tinyurl.com/3akvseg>.

Peter Bleser (CDU) hält eine Gesetzesverschärfung bei Angeboten

wie Google Street View für dringend notwendig: „Wenn der Rechtsrahmen nicht ausreicht, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Privatsphäre bei dieser Technologie gewahrt bleibt.“ Das schärfere Vorgehen solle nicht nur für Google gelten. Nach der Sommerpause sollten Beratungen beginnen, wie die Bürger besser geschützt werden können. Allerdings werden schärfere Regeln im Bundesdatenschutzgesetz nicht mehr vor dem Start von Street View greifen können. Google will den Dienst im November oder Dezember für zunächst 20 deutsche Städte einführen. (dpa)